STADT STEIN AM RHEIN

Sitzung 03/16 des Einwohnerrates

Freitag, 16. September 2016, 20:00 - 21:45 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Spescha	Peter	SVP	Präsident
Anwesend:	<u>Einwohnerrat</u>			
	Cantieni	Arthur	SP	
	Derrer	Jörg	SP	Aktuar
	Dean	Cornelia	SP	Stimmenzählerin
	Flück	Christian	Pro Stein	Vizepräsident
	Frei	Christoph	Pro Stein	
	Gruhler Heinzer	Irene	SP	
	Käser	Werner	FDP	
	Marchetto	Gian Luca	SVP	
	Ochsner	Daniel	SVP	Stimmenzähler
	Oster	Rolf	SP	
	Rossi	Jean-Marc	Freie Liste (FL)	
	Schäffeler	René	FDP	
	Schmid	Werner	FDP	
	Vetterli	Ruedi	parteilos	
	<u>Stadtrat</u>			
	Eimer	Claudia Pia	Stadtpräsidentin	
	Böhni	Ernst	Sicherheitsreferent	
	Oderbolz	Markus	Bau- und Werkreferent	
	Böhni	Ulrich	Bildungsreferent	
	Sigrist	Karin	Finanzreferentin	
	<u>Verwaltung</u>			
	Bühler	Ernst	Stadtschreiber	
	Grötchen	Robert	Polizeichef/Weibel	
	Furger	Martin	Zentralverwaltung	
	<u>Geschäftsprüfungskommission</u>			
	Schnarwiler	Thomas	Präsident	
Entschuldigt:	-			
Protokoll:	Strasser	Beatrice	Protokollführerin	

Traktanden

1.	Protokoll der Sitzung vom 17. Mai 2016	1
2.	Volksmotion Änderung des Reglements für Gebühren im Bauwesen von Franz Marty	2
3.	Volksmotion Irene Gruhler Heinzer	3
4.	Postulat Werner Käser: Aktive Wirtschaftsförderung des Einkaufszentrums Altstadt	4
5.	Allgemeine Umfrage	5

Die Traktandenliste wird genehmigt.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident begrüsst die Anwesenden zur dritten Einwohnerratssitzung 2016. Obwohl es sich bei dieser Sitzung nicht um eine Doppelsitzung handelt, werden die Anwesenden gebeten, ihre Voten eher kurz zu halten. Damit wird die Einwohnerratssitzung als eröffnet erklärt. Die Traktanden und Geschäftsunterlagen wurden fristgerecht erhalten. Herr Spescha fragt, ob es Änderungswünsche zu den Traktanden gäbe. Es werden keine Änderungen in den Traktanden gewünscht. Entschuldigt aus dem Einwohnerrat sind Werner Schmid und Jean Marc Rossi. Stadträte sind alle anwesend. Eintreten hat zuerst die SP Fraktion, danach die bürgerliche Fraktion.

INNERES, Einwohnergemeinde, Protokolle 03.15.005

1. Protokoll der Sitzung vom 17. Mai 2016 1

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident will zum Protokoll der letzten Ratssitzung noch eine Bemerkung machen. Beim Protokollieren sind gewisse technische Probleme aufgetreten. Während der Sitzung wurden die Voten nicht aufgezeichnet. Die Protokollführerin Beatrice Strasser hat danach alles so gut wie möglich aus ihren Notizen niedergeschrieben und konnte die Sitzung so rekonstruieren. Bevor sie jedoch das Protokoll an die Verwaltung schicken konnte, hatte sie einen Computerabsturz und hat daraufhin das ganze Protokoll der Doppelsitzung nochmals geschrieben. Es ist Herr Spescha bekannt, dass einige der Zitate nicht dem entsprechen, was scheinbar gesagt worden ist. Herr Spescha will verhindern, dass nun allzu lange über das Protokoll diskutiert wird. Daher schlägt er vor, dass das Protokoll an dieser Sitzung nicht abgenommen wird. Alle die Änderungen zum nächsten Protokoll haben und nicht einverstanden sind mit ihren Voten, sollen der Protokollführerin Beatrice Strasser per Mail innert einer Woche ihre Änderungen schicken, damit Frau Strasser diese Änderungen im Protokoll einpflegen kann. Damit würden wir das Protokoll an der nächsten Sitzung abnehmen. Zu diesem Vorschlag wird keine Diskussion gewünscht. Der Vorschlag wird zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen. Herr Spescha bittet nochmals ausdrücklich darum, die Änderungswünsche bis in einer Woche der Protokollführerin zukommen zu lassen.

Mitteilung an
- Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Vorstösse, "Volksmotion" 03.20.010

2. Volksmotion Änderung des Reglements für Gebühren im Bauwesen von Franz Marty 2

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident erklärt, dass Franz Marty am 17. Juni eine von 17 Einwohnern unterzeichnete Volksmotion mit folgendem Inhalt eingereicht:
Die Unterzeichner verlangen gemäss Gemeindeverfassung Art. 12.1, dass Art. 16b) Benutzung des öffentlichen Grundes – Kosten pro m^2 und Monat Fr. 5.- (gestützt auf Art. 16 Abs. 1 des Strassengesetzes vom 18. Februar 2010) ersatzlos gestrichen und auf den Vollzug ab 01.01.2016 verzichtet wird.
Herr Spescha bittet den Motionären, die Volksmotion zu begründen.

Franz Marty, Volksmotionär begrüsst die Anwesenden und bedankt sich für die Einladung und für die Möglichkeit, seine Motion als erstes Traktandum präsentieren zu dürfen. Angesprochen wurde das Thema zum ersten Mal diesen Frühling bei einem Handwerkerznüni, dass eingeführt wurde, dass wenn man ein Gerüst auf öffentlichem Raum aufstellen will, dafür Gebühren zahlen muss. Für ihn war das zu dieser Zeit neu. Er hat davon vorher noch nie etwas gehört und hat also begonnen zu recherchieren und ist dabei schnell darauf gekommen, dass dies damals der Einwohnerrat beschlossen hat. Er hat sich in diese Geschichte eingelesen und schnell gemerkt, dass diese Gebühren kein Thema an den Einwohnerratssitzungen waren. Daraufhin hat er weiter recherchiert und herausgefunden, dass dies auch in der entsprechenden Kommission praktisch kein Thema gewesen ist, oder zumindest kein erwähnenswertes. Das hat ihn dazu bewogen, ein wenig herumzufragen und innerhalb von zwei Tagen hatte er dafür diese Unterschriften zusammen und wie zu sehen ist, sind dies alles Besitzer von Altstadtliegenschaften. Wie zu sehen ist, sind das alles Besitzer von Altstadtliegenschaften. Nicht zuletzt ist es so, dass vor allem Besitzer von Liegenschaften in der Altstadt von diesen Gebühren betroffen sind. Über diese Gebühr, wie bei vielen anderen Sachen auch. Natürlich hat das Leben in der Altstadt seine Vorteile, es hat aber auch Nachteile, wie auch das Leben Ausserorts seine Vor- und Nachteile hat. Nicht zuletzt auch monetäre Vorteile. Damals war Herr Marty der Meinung, dass es ausser der Geldeinnahme keinen weiteren Grund für diese Gebühr gibt. Er wurde dann aber belehrt. Selbstverständlich wurde das Gesetz einmal im Kantonsrat angepasst. Die letzte Anpassung fand 2013 statt. Ob diese Regelung auch dahin gehört, ist dem Motionär nicht bekannt. Das eigentliche Baugesetz ist ja von 1980. Er mag sich auch noch an die letzte Revision, respektive die eine grosse Diskussion zur so genannten [Name nicht verstanden] erinnern, an den Rest kann sich Herr Marty nicht erinnern, er hat diesbezüglich auch nicht weiter nachgeforscht. Die Mitunterzeichner und Herr Marty waren schnell der Meinung, dass diese Gebühr wieder gestrichen werden soll. Da sie erst letztes Jahr im Dezember in die Verordnung gekommen ist, kann man diese Gebühr auch dieses Jahr wieder herausstreichen und so hat sich Herr Marty dementsprechend auch darauf vorbereitet, dass das hier eine kurze Geschichte wird. Daraufhin hat er Post erhalten von Einwohnerrat Rossi, beziehungsweise die Antwort, welche Herr Rossi vom Rechtsdienst des Baudepartements und Herr Marty stellt fest, dass wenn zwei oder gar drei Juristen zu etwas eine Meinung haben, wird es meist nicht klarer und es wird immer undurchsichtiger. In dem Sinn kann je nach Interpretation jetzt schon ein Gesuch gestellt werden, dass die Nutzung öffentlichen Grundes im öffentlichen Interesse steht und so die Gebühr nicht bezahlt werden muss. Oder man kann die Motion überweisen und der Stadtrat, beziehungsweise die Kommission mit dem Stadtrat macht eine kleine Vorlage und präzisieren, dass Altstadtbewohner oder betroffene Bewohner der Vorstadt, von dieser Regelung ausgenommen sind. Nicht zuletzt ist es natürlich auch so, dass Baubewilligungen in der Altstadt, grundsätzlich massiv höhere Kosten haben, wenn Gerüste gestellt werden, als wenn diese auf freiem Feld stehen. Dabei muss das Gerüst nicht an der Fassade hoch unter dem Dach hindurch gestellt werden. Ein Fall ist Herr Marty bekannt, wo das Dach saniert wurde und auf den Besitzer zusätzliche Kosten von Fr. 500.- für die Benutzung von öffentlichem Grund hinzukamen. Dazu kamen noch Fr 1200.- Mehrkosten wegen höherer Sicherheitsanforderungen beim Gerüstbau. Das Gerüst muss so aufgestellt sein, dass man nicht daran hochklettern kann, es muss sicherer sein, sie müssen unter dem

Dachgiebel hindurch, welches eine relativ aufwändige Konstruktion darstellt, welche alle Baubewilligungen, welche auf eigenem Grund zustande kommen, nicht zu berücksichtigen haben. In dem Sinne bittet Herr Marty den Einwohnerrat, die Motion zu überweisen und dies in der Bauordnung neu zu regeln.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Marty für seine Ausführungen und übergibt das Wort an Ernst Bühler für die gesetzlichen Aspekte der Motion.

Ernst Bühler, Stadtschreiber begrüsst die Anwesenden. In der ersten Beurteilung dieser Volksmotion sind die Stadträte zum Schluss gekommen, dass die Volksmotion gegen übergeordnetes Recht verstösst, weil das Strassengesetz verlangt, dass eine Entschädigung erhoben werden muss, wenn öffentlicher Grund gebraucht wird, also ein gesteigerter Allgemeinverbrauch vorhanden ist. Herr Rossi hat dementsprechend nachgefragt und daraufhin hat Herr Bühler nochmals nachgeforscht und im Art. 15 des Strassengesetzes steht, dass in der Regel eine Gebühr erhoben werden muss. Das Strassengesetz muss aber in Verbindung mit der Strassenverordnung gelesen werden, in welcher präzisiert wird, das mit „in der Regel“ gemeint ist. „In der Regel“ heisst, es gibt Ausnahmen, aber Ausnahmen gibt es nur, wenn ein öffentliches Interesse nachgewiesen ist. Ist dies nicht der Fall, muss die Gebühr verlangt werden. Die Höhe der Gebühr ist in der kommunalen Gesetzgebung festgelegt und darüber kann auch diskutiert werden. Jedoch nicht darüber, ob man die Gebühr erhoben wird oder nicht. Es ist ein individuelles Recht, welches jeder hat, dass man einen Antrag stellen kann, welchen der Stadtrat individuell beurteilt, ob das öffentliche Interesse nachgewiesen ist oder nicht. Nun ist es so, dass in der Altstadt die Grenzen oft direkt an der Hausfassade nach gezogen sind und hierbei ist es fast selbstverständlich, auch in den betroffenen Gebieten der Vorderbrugg, dass das öffentliche Interesse ausgewiesen sein durfte. Darum kann man in dem Rahmen schon diskutieren, aber man kann nicht darüber diskutieren, ob dies auch in der Rietstrasse oder sonst wo auf Gemeindegebiet gelten soll. Dies liegt wirklich in dieser Grenze.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Bühler für seine Ausführungen.

Ernst Bühler, Stadtschreiber möchte sich noch beim Volksmotionär und den Betroffenen für etwaige Unruhen entschuldigen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich nochmals bei Herr Bühler und übergibt das Wort dem Stadtrat.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent begrüsst die Anwesenden und schliesst sich den Aussagen von Herr Bühler an. Er führt aus, dass die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte den Antrag und die Ausführungen auch in schriftlicher Form erhalten haben. Aber auch im Interesse der Zuhörer will er darauf nochmals kurz zurückkommen. Eine weitere Erwägung des Antrags ist die Notwendigkeit dieser Gebühr. Unter „Erwägungen“ b) geht es darum, dass eine Gebühr erhoben werden muss, und zwar geht es auch darum, dass die öffentlichen Flächen bewirtschaftet werden müssen. Das verursacht auch im Bereich der Verwaltung Kosten. Weiter ist ganz wichtig, dass auch über die Höhe der Gebühr von Fr. 5.- nochmals diskutiert wird. Wenn man nachrechnet, was so ein Gerüst für einen Platz beansprucht innerhalb der Altstadt, so kommt man bei einem mittleren Gebäude auf monatliche Kosten von Fr. 75.-, welche der Bauherr zu tragen hat. Dagegen muss man in Betracht ziehen, dass ein grosser Teil der baulichen Massnahmen in der Altstadt stark unterstütz werden. Zum einen vom Kanton, zweitens von der Stadt und meistens auch drittens durch die Windler-Stiftung. Betrachtet man also die finanziellen Aspekte, wird die Gebühr dadurch meistens auf etwa die Hälfte reduziert. Der öffentliche Raum muss danach auch kontrolliert werden, ob er nach der Bauerei wieder einwandfrei hergestellt wurde. Dies rechtfertigt natürlich auch, dass hier eine gewisse Gebühr erhoben wird.
Darum kann als Fazit gesagt werden, dass der Stadtrat die Beweggründe für diese Motion sieht, stellt aber fest, dass die Volksmotion mit geforderter Streichung des Artikels

übergeordnetes Recht verletzt oder neu geregelt werden müsste, weil das über den ganzen städtischen Perimeter gelten würde und der aktuelle Tarif von Fr. 5.- entspricht eigentlich den gemeindeüblichen Gebühren.
Gestützt auf diese Ausführungen von Herr Bühler und auch von Herr Oderbolz beantragt der Stadtrat, die Volksmotion von Franz Marty nicht zu überweisen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Oderbolz für seine Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Arthur Cantieni, SP begrüsst die Anwesenden und bemerkt, dass es sich eigentlich fast nicht lohnt, viele Worte über diese Volksmotion von Herr Marty zu verlieren. In Wirklichkeit geht es, wie auch Herr Oderbolz erwähnt hat, um sehr bescheidene Gebühren für ein Gerüst bei einer normalen Fassade. Im Monat handelt es sich hierbei um Fr. 75.-. Damit ist anzunehmen, dass jemand, der seine Fassade sanieren will, nicht wegen der Gebühren darauf verzichtet. Zudem besteht ja, wie wir auch gehört haben, die Möglichkeit auf die Gebühr, falls die Sanierung dem öffentlichen Interesse dient, zu verzichten. Er nimmt an, dass die Fassaden in der Altstadt sicher im öffentlichen Interesse stehen, dass diese saniert werden. Dann kann man auch auf diese sehr bescheidene Gebühr verzichten. Im Übrigen hat die SP Fraktion den Eindruck, dass man hiermit das Instrument der Volksmotion schon sehr strapaziert. Damit schliesst Herr Cantieni sein Votum.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Cantieni für sein Votum.

Werner Käser, FDP *begrüsst die Anwesenden und erklärt, dass sich die bürgerliche Fraktion vom Stadtrat dahingehend orientieren lassen hat, dass die gewünschte Änderung nicht in der Kompetenz des Einwohnerrates liege, sondern auf übergeordnetem Recht basiere. Es scheint zwar merkwürdig, dass wir angeblich ein Reglement zwar beschliessen, es dann aber nicht ändern können – aber offenbar ist das so. Mit dem Nachtrag vom 8. September wird diese Einschätzung zwar relativiert, die Volksmotion ist immerhin „beschränkt gültig". Gleichwohl ist das Anliegen in der bürgerlichen Fraktion auf gewisse Sympathien gestossen, denn wir möchten ja die Sanierung von Altstadtliegenschaften erleichtern und nicht erschweren.*
Zwei Hauptgründe haben die bürgerliche Fraktion mehrheitlich dazu bewogen, die Volksmotion nicht zu unterstützen:

1. *Dieser Einwohnerrat hat, in praktisch gleicher Zusammensetzung, das Reglement über die Gebühren im Bauwesen am 11. Dezember 2015, also vor knapp neun Monaten, mit Mehrheit zugestimmt. Wir sollten diesen Entscheid also nicht bereits nach einem dreiviertel Jahr wieder umstossen.*
2. *Die Gebühr für die Nutzung öffentlichen Grundes, z.B. durch ein Baugerüst, ist vergleichsweise gering, vor allem im Verhältnis zu den gesamten Baukosten einer Gebäudesanierung. Womöglich ist diese kleine Einzelposition im Gebührenkatalog nicht das geeignete Objekt, den Aufstand gegen Steuern und Gebühren zu proben.*

Herr Käser betont aber, dass er schon in der Sitzung im Dezember den dringenden Wunsch geäussert hat, dass höhere Gebühren sich nicht investitionshemmend auswirken sollen. Er behält sich darum vor, die Minderheitsmeinung der Fraktion zu vertreten und der Volksmotion als symbolische Geste zuzustimmen.
(Zitat W. Käser)

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herrn Käser für seine Ausführungen und fragt nach, ob weitere Voten gewünscht sind.

Franz Marty, Volksmotionär bemerkt, dass der Volksmotionär vor der Abstimmung das letzte Wort hat.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident stimmt Herr Marty dabei zu und übergibt ihm das Wort.

Franz Marty, Volksmotionär bedankt sich und führt an, dass er der Diskussion mit Interesse gelauscht habe. Ganz speziell möchte er hier auf Arthur Cantienis Votum eingehen, welcher behauptet hat, dass mit dieser Volksmotion das Instrument der Motion strapaziert wird. Herr Marty weist darauf hin, dass eine Volksmotion Gesetzesänderungen herbeiführen kann. Eine Strapazierung der Volksmotion sieht er zum Beispiel in der Volksmotion Vorderburgg, welche schon ein paar Jahre her ist. Das war für ihn der Beweis, dass alles Mögliche in eine Volksmotion rein kann. Dazu ist Herr Marty der Meinung, dass diese Gebühren nicht einfach kleinlich sind. Wenn man eine Liegenschaft besitzt, die vielleicht etwas grösser ist, und das Gerüst etwas länger stehen muss, sind das schnell ein paar hundert Franken. Stein am Rhein hat hierbei übrigens auch den höchsten Tarif in der Umgebung. Die Stadt Schaffhausen hat einen tieferen Tarif. Der Tarif beginnt tiefer und läuft dann in der Progression zuerst ein wenig runter bis zu drei oder vier Monaten, danach steigt die Gebühr progressiv, kostet also nach zwölf Monaten Fr. 30.- pro m^2 und Jahr. Zudem ist Herr Marty ein wenig erstaunt, dass man da keine Lösung finden kann. Nicht zuletzt ist man ja im Wahlkampf und alle sind im Wahlkampf der Meinung, dass man die Altstadt Sorge halten soll. Wenn Herr Marty nun alle Voten richtig interpretiert, kann trotzdem jeder ein Gesuch stellen. Wenn man das grundsätzlich regeln könnte, dass alle in der Altstadt auf diese Gebühren verzichten, kann man nicht zuletzt auch Verwaltungskosten sparen. Weil jedes gestellte Gesuch muss auch bearbeitet werden. Herr Marty ist klar, dass diese Motion wahrscheinlich nicht überwiesen wird und geht davon aus, dass man sich hier wieder in neuer Zusammensetzung sieht, dann halt mit einer Volksinitiative oder einem anderen Vehikel.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Marty für seine Ausführungen und bittet die anwesenden Räte zur Abstimmung.

Abstimmung
Die Volksmotion wird mit 4 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen als erheblich erklärt.

Die Abstimmung wird wiederholt.

Die Volksmotion wird mit 4 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen als erheblich erklärt.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident erklärt die Volksmotion als nicht erheblich.

Arthur Cantieni, SP bemerkt, dass es sich um 4 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen handelt. Da sollte die Motion doch als erheblich erklärt werden?

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident korrigiert sich und erklärt die Volksmotion als erheblich.

Beschluss
Die Volksmotion von Franz Marty wird mit 4 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen als erheblich erklärt.

Mitteilung an:
- Franz Marty, Volksmotionär
- Bau-/ Werkreferenz
- Bereichsleiter Bau
- Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Vorstösse, "Volksmotion" 03.20.010

3. Volksmotion Irene Gruhler Heinzer 3

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident erklärt, dass Frau Irene Gruhler Heinzer am 03. August zusammen mit zwei weiteren Einwohnerräten eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht hat:
Der Stadtrat wird beauftragt, einen Bericht und Antrag über die Gestaltung der Verkehrswege Degerfelderweg, Degerfelderstrasse und Zum Nägelisee ohne Trottoir mit verkehrsberuhigenden Massnahmen zu erarbeiten und diesen dem Einwohnerrat als Variante zu der vom Einwohnerrat am 17.6.2016 zurückgewiesenen und zu bereinigenden Vorlage „Neubau eines Trottoirs an der Degerfelderstrasse und zum Nägelisee gemäss Quartierplan-Kreditantrag Fr. 195'000" vorzulegen.
(Zitat Motionstext)
Herr Spescha bittet nun die Erstunterzeichnerin, ihre Motion zu begründen.

Irene Gruhler Heinzer, SP begrüsst die Anwesenden:
Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Anwesende,
Frau Gruhler will gleich vornweg nehmen, dass sie bereits den Einwohnerrat und auch die Stadträte am Nachmittag darüber informiert hat, dass sie diese Motion in ein Postulat umwandeln will. Dies will sie nun gerne noch begründen:

Bei der letzten Sitzung wurde ein Kreditantrag von Fr. 195'000.- für den Neubau eines Trottoirs an der Degerfelderstrasse und zum Nägelisee zurückgewiesen. Bei dieser Gelegenheit will ich mich rückblickend für die Weitsicht des Rates bedanken.
Abgesehen davon, dass die Vorlage finanziell und inhaltlich Fehler aufgewiesen hat, hatte man jetzt auch nochmals Zeit, um sich zu überlegen, was das Quartier braucht, damit die Verkehrssicherheit für Schulkinder und die Bevölkerung gewährleistet ist. Da hoffentlich der Stadtrat in den nächsten Monaten informieren wird, was überhaupt auf der betreffenden Parzelle gebaut werden soll, kann man danach auch mit mehr Weitsicht verkehrssichere Wege planen.
Wie bereits das letzte Mal erwähnt, habe ich mich als Bewohnerin des Quartiers Degerfeld in den letzten Jahren sehr ausführlich mit dem Quartierplan und dem ausgeschriebenen Bauprojekt vertraut gemacht. Seit 2013 beschäftigt uns im Quartier Degerfeld die Frage, wie unser Quartier gestaltet werden soll, damit eine gute Lebensqualität erhalten werden kann oder auch mit weiteren Bauten erhalten werden kann. Seit da probiere ich mit meiner Ratskollegin Cornelia Dean, den Stadtrat und die Öffentlichkeit auf die Problematik in diesem Gebiet aufmerksam zu machen, dass für mich rein aufgrund der Lage, als Entwicklungsgebiet in Stein am Rhein gilt, nicht nur, weil ich da wohne. Weil es ein Gebiet ist, dass rundherum eine genügende bis gute Infrastruktur hat, nämlich den Bahnhof, die Post, ein Einkaufszentrum und einige Arbeitsplätze für Stein am Rhein.
Das Gebiet könnte einen Bevölkerungszuwachs bis zu 600 oder 700 Personen erleben. Im Moment sollen drei Blöcke gebaut werden, in absehbarer Zukunft sollen nochmals drei erstellt werden. Aber auch dieser Quartierplan wird nur teilweise umgesetzt, weil die Stadt keine Absichten hat, da zu bauen. In absehbarer Zukunft wird es also einen Bevölkerungszuwachs von ca. 200 neuen Bewohnerinnen und Bewohnern geben (Nutzfläche 14'400 m2 : 60 = 240 EinwohnerInnen; Rechnung: 50-70m2 pro Person). Ein Zuwachs von über 200 Personen im Quartier Degerfeld bedingt eine gut überlegte und funktionstüchtige Verkehrssituation. Das ist sicherlich eine richtige und wichtige Überlegung bei dieser zukünftigen Vorlage für eine beabsichtige Massnahme wie dem Bau eines Trottoirs an dieser besagten langgezogen Degerfeldstrasse, wie auch sonst im Quartier. Vor allem ist es wichtig, eine sichere und funktionelle Situation für die Bevölkerung und die Kinder, die zu Fuss oder per Fahrrad im Quartier unterwegs sind, zu schaffen und dies mit den Bedürfnissen des motorisierten Verkehrs abzugleichen. Wie mir von Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohnern bestätigt worden ist, haben sie, auch ich persönlich, schon ein paar Mal die Erfahrung gemacht, dass die

benachrichtigte Schaffhauser Kantonspolizei, welche für unsere Quartierstrasse zuständig ist, aus personellen und logistischen Gründen weder Geschwindigkeits- noch Fahrverbotskontrollen durchführen kann. Es herrscht also eine Art Freiraum in diesem Gebiet und das ist bei einer Lösungssuche für Verkehrssicherheit für Fussgängerinnen und Fussgängern sowie den Langsamverkehr unbedingt zu berücksichtigen.
Ob ein Trottoir in diesem Fall die richtige Lösung zur Sicherheit für die am Verkehr beteiligten Menschen ist und wirklich zur gewünschten Entschleunigung und zur Beruhigung vom Quartierverkehr betragen kann, ist die grosse Frage. Wie ich auch schon das letzte Mal zitiert habe, führen laut einer Studie vom Touring Club Schweiz (TCS) namens „Sicherheit im Quartier" aus dem Jahr 2014 langgezogene Trottoirs eher zu einer Geschwindigkeitserhöhung, statt zur Verlangsamung des Quartierverkehrs, wie es in diesem Fall nötig wäre.
Erwünscht wäre laut dieser Studie eine Vermischung der Verkehrsteilnehmenden, dazu bräuchte es aber andere verkehrsberuhigende Massnahmen und nicht unbedingt ein geradliniges Trottoir, wie es zuerst projektiert war.
Eine entschleunigende Wirkung haben z.B. versetzte Parkplätze auf der Strasse, horizontale Versätze und Hindernisse wie Pflanzungen von Bäumen (als Ersatz, nebenbei, für die, die ja in den letzten Jahren und aktuell in unserem Quartier scheinbar sorglos gefällt wurden und werden), also Hindernisse, um die herumgekurvt werden muss, oder allenfalls auch Schwellen, welchen entschleunigend für den Quartierverkehr sind und zur Verkehrssicherheit beitragen. In den betroffenen Abschnitten der Strassen und Felder (Degefeldstrasse, Degerfelderweg und Zum Nägelisee) ist wildes Parkieren durch die Bewohnerinnen und Bewohner der bereits bestehenden Siedlungen üblich. Sollte nun wie beabsichtigt auf dem Land der Eigentümergemeinschaft Müller (GB 954) ab November oder später gebaut werden, müssten auch die Massnahmen für die Verkehrssicherheit von Fussgängerinnen und Fussgängern getroffen werden.
Berechtigte Befürchtungen, dass ein neu erstelltes Trottoir dazu zweckentfremdet werden könnte, neben dem bereits erwähnten wilden Parkieren, auch durch die Autos der auf der Baustelle angestellten Handwerker benutzt zu werden und auch vermutlich zeitweise von Baumaschinen und Lastwägen verstellt sein wird, muss Rechnung getragen werden.
Der Quartierplan umfasst gesamthaft ein Gebiet mit einer Nutzfläche vom 33'100m2. Diese ursprünglich vorgesehenen 14 Wohnblöcke werden voraussichtlich sowieso nicht gebaut. Im Moment sollen nur drei Wohnhäuser mit einer Nutzfläche von 5'900m2 umgesetzt werden. Also werden nur knapp 18% der vorgesehenen Nutzfläche des Quartierplans verbaut. Soll da aber in absehbarer Zeit nochmals ein Bauplatz mit der gleichen Anzahl Wohnungen umgesetzt werden, dann wären das gegen 40% des Quartierplans.
Je nachdem, wie die Pläne aussehen, muss man unbedingt auch eine Planung der Zufahrtsstrasse des Quartiers machen, welche im heutigen Zustand absolut ungenügend ist.
Eben heute hat mich eine Quartierbewohnerin, welche sich über diese Motion erkundigen wollte, informiert, dass sie bereits am 2. Juni diesen Jahres dem Stadtrat eine Unterschriftensammlung mit ca. 30 Unterschriften eingereicht hätte, welche Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit Degerfelderweg/Degerfeldstrasse fordert. Auch diese Petitionärinnen und Petitionäre aus dem Quartier Degerfeld sind beunruhigt über die hohe Fahrgeschwindigkeit in einem bewohnten Quartier. Auch sie verlangen die Prüfung einer zeitnahen Verlängerung der Tempo 30 Zone und verkehrsberuhigende Massnahmen wie Schwellen oder ähnliches (bis heute habe auch ich nichts von dieser Initiative gewusst, welche die gleichen Absichten verfolgt.)
Da es uns all diese Punkte sehr wichtig sind und ich das durch die Antwort des Stadtrates, unser Anliegen sei nicht motionswürdig (auch wenn ich da anderer Ansicht bin) nicht durch ein rechtliches Geplänkel gefährden will, wandle ich im Namen meines Mitmotionärs Arthur Cantieni, sowie der Mitmotionärin Cornelia Dean, diese Motion in ein Postulat um. Dazu schlage ich noch eine Textes Änderung vor, wie bereits im Mail mitgeteilt, damit die Möglichkeiten des Stadtrates, eine gute Lösung zu finden, nicht eingeschränkt werden.

Postulat
Der Stadtrat wird beauftragt einen Bericht und Antrag über die Gestaltung der Verkehrswege Degerfelderweg, Degerfelderstrasse und zum Nägelisee mit und ohne

Trottoir, je mit verkehrsberuhigenden, baulichen Massnahmen zu erarbeiten. Diese sollen dem Einwohnerrat als Varianten rechtzeitig (d.h. vor einer allfälligen neuen Trottoir Vorlage) vorgelegt werden zu der vom Einwohnerrat am 17.6.2016 zurückgewiesenen und zu bereinigenden Vorlage „Neubau eines Trottoirs an der Degerfelderstrasse und zum Nägelisee gemäss Quartierplan – Kreditantrag Fr 195'000.-“.
(Zitat I. Gruhler Heinzer)

Frau Gruhler bittet den Rat, das Postulat zu unterstützen. Es wäre für die Entwicklung von Stein am Rhein Süd wesentlich, dass man auch die Verkehrssicherheit und die Verkehrswege für die Bevölkerung und für die Schulkinder sichert und dass dies auch in einem anständigen Rahmen passiert, beziehungsweise dass man dieses Anliegen auch wirklich gut prüft. Frau Gruhler bedankt sich bei den Anwesenden für die Aufmerksamkeit.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Frau Gruhler für Ihre Ausführungen und übergibt dem Stadtrat das Wort.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent bemerkt, dass der Einwohnerrat die Umwandlung beschliessen soll, bevor über ein weiteres Vorgehen und die Interpretation der Motion diskutiert wird.

Irene Gruhler Heinzer, SP erklärt, dass die Motionäre die Umwandlung selbst beschliessen können.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent erklärt, dass die Motionäre eine Umwandlung beantragen können. Sie können sie aber nicht selbst beschliessen.

Ernst Bühler, Stadtschreiber unterstützt die Meinung von Herr Oderbolz. Eingereicht wurde eine Motion und die Umwandlung in ein Postulat ist ein Antrag, welcher gestellt wird und worüber abgestimmt werden muss. Explizit ist es nicht geregelt. An sich ist es eine Abschwächung. Wäre es umgekehrt, würde darüber abgestimmt werden. Daher sollte man auch hier darüber abstimmen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident unterstützt Herr Bühler darin, dass ein Postulat eine Abschwächung des Antrags bedeutet und dass man, wäre die Lage umgekehrt, darüber abstimmen würde.

Arthur Cantieni, SP fragt sich, ob es sich lohnt, darüber abzustimmen, ob es sich hierbei um eine Motion oder ein Postulat handelt. Die Motionärin hat ja ihr Anliegen in ein Postulat umgewandelt. Das ist eine Abschwächung, wie schon gesagt worden ist. Sie hat an sich das Recht, ihre Motion in ein Postulat oder sogar in eine Interpellation umzuwandeln. Wir können natürlich nicht im Voraus darüber befinden, ob wir eine Motion oder ein Postulat haben wollen. Wir haben ja über das Postulat gar noch nicht diskutiert, wir müssen das doch zuerst diskutieren, anstatt dass wir über eine Motion diskutieren, diskutieren wir ja über den gleichen Gegenstand, einfach in Form eines Postulats. Herr Cantieni sieht hier keine Schwierigkeiten.

Werner Käser, FDP sieht die Sachlage so, dass es nicht explizit um die Abschwächung geht, sondern eher um die Umwandlung der Motion in ein Postulat. In der Geschäftsordnung ist ein solcher Fall nicht geregelt. Er erinnert hier daran, dass im Kantonsrat auch oft etwas in dieser Art umgewandelt wird und da wird in der Regel nicht darüber abgestimmt. In diesem Fall bestimmt derjenige, der den Vorstoss macht, dass er nun umwandeln will und dann wird das entsprechend ausgeführt.

René Schäffeler, FDP unterstützt Herr Cantieni in seiner Meinung. Es ist im Moment eine komische Situation wenn man über etwas abstimmen will, über das noch gar nicht diskutiert wurde.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich für die Voten und übergibt dem Stadtrat das Wort zur Besprechung.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent begrüsst die Anwesenden und erklärt, dass der Stadtrat hierzu gerne Stellung nimmt. Weil die Motion nun in ein Postulat umgewandelt wurde, nimmt er im Antwortschreiben des Stadtrates bewusst nicht mehr Stellung zu Motion, sondern will auf den Sachverhalt nochmals kurz eingehen aus der Sicht des Stadtrates. Wie sie im Votum des Stadtrates sehen können, ist unter C) des Sachverhaltes erwähnt, dass sich die Motion gegen den vom Stadtrat am 17. Juni dem Einwohnerrat beantragen Kredit von Fr. 195'000.- für die Erstellung eines im rechtskräftigen Quartierplan Degerfeld geplanten Trottoirs.
Der Quartierplan Degerfeld wurde vom Stadtrat am 05.06.2013 beschlossen. Die öffentliche Auflage erfolgte vom 17.06.2013 bis 08.07.2013. Während der Auflagefrist konnte sich jedermann zum Inhalt des Quartierplans äussern und Begehren stellen. Mit der Genehmigung durch das Baudepartement des Kantons Schaffhausen vom 24.09.2014 ist der Quartierplan Degerfeld rechtskräftig geworden.
Eine Änderung bzw. Neuauflage kann nur erfolgen, wenn triftige sachliche Gründe ein Rückkommen auf den Festsetzungsbeschluss dies tatsächlich und rechtlich rechtfertigen. Ein Anspruch auf Wiedererwägung besteht laut Bundesgericht nur dann,

> *„…wenn die Umstände sich seit dem ersten Entscheid wesentlich geändert haben oder wenn der Gesuchsteller erhebliche Tatsachen und Beweismittel namhaft macht, die ihm im früheren Verfahren nicht bekannt waren oder die schon damals geltend zu machen für ihn rechtlich oder tatsächlich unmöglich war oder keine Veranlassung bestand“ (BGE 136 II 177 E. 2.1).*

An die Wiedererwägung eines rechtskräftigen Beschlusses sind demnach hohe Anforderungen geknüpft. Auf dem Wege dieser Motion, oder nun in diesem Fall des Postulates soll eine Wiedererwägung bzw. Neuauflage des Quartierplanverfahrens erreicht werden. In den Erwägungen wird näher darauf eingegangen.
Am Quartierplanverfahren ist ein weiterer Grundeigentümer beteiligt. Dieser geniesst den uneingeschränkten Schutz eines rechtskräftig durchgeführten Verwaltungsverfahrens.
Die dem Präsidenten des Einwohnerrates rechtzeitig eingereichte Motion (Postulat) wird für die Einwohnerratssitzung vom 16. September 2016 traktandiert (Art. 32 Abs. 3 GO ER).
Eine erheblich erklärte Motion verpflichtet den Stadtrat, dem Einwohnerrat innert sechs Monaten Bericht und Antrag zu unterbreiten.
Nun zu den Erwägungen:
Zu prüfen gilt nachfolgend, ob

- der Gegenstand der Motion in der Kompetenz des Einwohnerrats bzw. der Stimmberechtigten liegt, was nur im Falle einer Motion so wäre;
- in der Motion (Postulat) Tatsachen vorgebracht werden, die eine Revision bzw. Änderung des rechtskräftigen Quartierplans im Sinne einer Wiedererwägung eines rechtskräftigen Behördenbeschlusses rechtfertigen.

a) Zuständigkeit Quartierplanverfahren
Das Verfahren für die Festsetzung des Quartierplans richtet sich nach Art. 14 des kantonalen Baugesetzes (vgl. Art. 18 Abs. 5 BauG). Demnach ist ausschliesslich der Stadtrat für die Verfahrensleitung und Festsetzung zuständig. Das Mitwirkungsrecht von Betroffenen musste während der Auflagefrist beansprucht werden und kann nicht auf dem Wege der Motion ausgeübt werden.
Unter diesem Aspekt ist die Motion nicht zulässig und aus rechtlichen Gründen infolge Unzuständigkeit des Einwohnerrates bzw. der Stimmberechtigten abzuweisen.

b) Motion als Antrag auf Wiedererwägung
Die Motionärin vermag keine neuen Tatsachen im Sinne der bundesgerichtlichen Rechtsprechung vorzubringen, welche eine Wiedererwägung des erfolgten Quartierplanverfahrens rechtfertigen würde. Eine Wiedererwägung des Quartierplans durch den Stadtrat kann mangels ausreichender Gründe nicht erfolgen. Die Vorbringen zu Gunsten der Verkehrssicherheit für die

Quartierstrasse erfolgen durch die Motionärin nach dem abgeschlossenen, rechtskräftigen Quartierplanverfahren und damit zur Unzeit.

Im Quartierplan werden Rechte und Pflichten für alle Beteiligte begründet, die einzuhalten sind. Es kann daher nicht ausser Acht gelassen werden, dass die weiteren am Quartierplan beteiligten Grundeigentümer/-innen für ihre Planungen das Recht auf Rechtssicherheit haben.

c) Verkehrssicherheit Degerfeld
Der Ortsteil Degerfeld wächst weiter und die Verkehrsbelastung durch die Quartierbewohner wird steigen. Über die Verkehrssicherheit gehen die Meinungen auseinander. Die Wahrnehmung ist subjektiv. Frühere Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Quartier werden heute als Sicherheitsrisiko betrachtet. Das Trottoir gilt als Teil der Verkehrssicherheit für Fussgänger. Welche Anordnungen und Vorkehrungen nötig sind, um einen für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sicheren und akzeptierten Strassenraum zu gestalten, bedürfen einer Gesamtschau über den ganzen Ortsteil. Hierbei verweist Herr Oderbolz auf einen den Räten bekannten Verkehrsbericht, der in den Einwohnerratssitzungen auch schon Thema war.
Dem Stadtrat liegt die Verkehrssicherheit, insbesondere diejenige der Schulkinder, am Herzen. Verschiedene Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Gemeindegebiet belegen das. Für das wachsende Quartier Degerfeld werden im Zuge der zahlreichen Neubauprojekte ebenso Verkehrssicherheitsmassnahmen zu prüfen sein. Solche Studien machen aber erst dann Sinn, wenn die Bauvorhaben konkret und die neuen Verkehrsströme bekannt sind. Solange braucht es etwas Geduld.
Das im Zuge des Quartierplanverfahrens zu erstellende Trottoir gehört zur Erschliessung des Grundstücks aufgrund bauplanerischer Vorgaben. Der Trottoirbau ist eine wertvermehrende Investition, die einen direkten Einfluss auf den Wert des Baugrundstücks hat. Mit dem rechtskräftigen Quartierplan ist die Rechtsgrundlage für die Ausgabe vorhanden, weshalb die zu investierenden Fr. 195‘000 als gebundene Ausgabe gelten.
Der Stadtrat hat das Anliegen der Motionärin und die Argumente anlässlich der grundlegenden Diskussionen in der letzten Einwohnerratssitzung aufgenommen und zeigt Verständnis dafür. Er ist bereit, dem Anliegen der Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer bei weiteren Planungen sein Augenmerk zu schenken. Dabei ist sowohl an die Schulkinder zu denken, wie auch an die Bedürfnisse der betagten Personen, an die Velofahrer und die Luft-und Lärmbelastung.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Oderbolz für seine Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Rolf Oster, SP ergreift das Wort. Er bemerkt, dass er dem Stadtrat zugehört hat. Nur spricht der Stadtrat hier über ein anders Grundstück als die Postulentin. Der Stadtrat spricht über das Quartier, wie es da geplant ist und so weiter, während die Postulentin über ein anderes Grundstück spricht und zwar handelt es sich dabei um die Strasse. Er denkt, dass die Postulentin will da eine Verkehrsberuhigung. Er sieht hier eigentlich keine Differenzierung, es wird nur hier keine Änderungen geben, man kann nur das ganze aus einem anderen Blickwinkel betrachten. Es geht hier um die Strasse und die Strasse gehört der Stadt. Der Stadtrat sieht ja eigentlich, dass es da Probleme gibt, weil es mehr Verkehr haben wird. Also müsste man ja eigentlich etwas machen. Man müsste eigentlich dieses Postulat unterstützen, weil ja da eine Verkehrsberuhigung da ist und wenn man nun hört, dass eigentlich die Personen, die im Quartier wohnen, Unterschriften gesammelt haben, die genau das verlangen, sieht Herr Oster da keine Probleme, da es ja zwei verschiedene Grundstücke sind. Daher beeinflusst eigentlich das eine das andere nicht. Man kann das Quartier so ausführen mit einem Trottoir, wenn der Stadtrat aber konsequent wäre, wenn er das so machen will, müsste er vorne an der Ecke einen Fussgängerstreifen mit einer Verkehrsinsel machen, um den Verkehr zu beruhigen. Herr Oster sieht das so und er denkt, dass es geschickt wäre, wenn man das Postulat in dem Sinne überweisen würde und wirklich dieses Thema auch nutzen, weil es wirklich mehr Verkehr geben wird.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Oster für seine Ausführungen.

Irene Gruhler Heinzer, SP ist sich nicht sicher, ob alle im Raum anwesend waren, als sie erklärt hat, was sie gerne hätte und dass sie eigentlich findet, dass man über ein Trottoir diskutieren kann oder nicht, aber ganz wichtig sind die verkehrsberuhigenden Massnahmen in diesem Postulat. Es ist eben auch in der Motion nicht die Frage, dass man in die Kompetenzen des Stadtrates eingreifen will, sondern es geht auch in der Motion um Bericht und Antrag für eine weitere Variante. Was dann der Stadtrat damit macht, ist eine andere Frage. Und damit der Stadtrat nicht eingeschränkt ist in Bezug auf den Quartierplan, wurde das Postulat so offen formuliert, dass es die Möglichkeiten mit und ohne Trottoir gibt, aber immer mit verkehrsberuhigenden Massnahmen. Weil auch wenn man ein Trottoir bauen will, würde das zu wenig bringen, wie sie schon das letzte Mal und auch heute dargelegt hat. Das ist eine Bitte von Frau Gruhler Heinzer, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Frau Gruhler für die Ausführungen.

Ulrich Böhni, Bildungsreferent fragt nach, ob das Eintreten schon beschlossen wurde.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident erklärt, dass man immer noch in der Diskussion stehe.

Ulrich Böhni, Bildungsreferent will präzisieren, dass diese Anfrage über diese Änderung, welche man hier nun ausgetauscht und diskutiert hat, über welche ja auch per Mail diskutiert wurde, will er klarstellen, dass nun, wo es nicht mehr als entweder oder Frage formuliert ist, sondern nun A) als Postulat und B) als Zusatzmöglichkeit zu einem Trottoir gilt, ist der Stadtrat grundsätzlich bereit, diese Anfrage in Form eines Postulats anzunehmen. So hat sich der Stadtrat heute nach einem Austausch nach diesen Gesprächen, die geführt wurden, geeinigt. Das wollte Herr Böhni noch klarstellen.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin führt aus, dass ein Postulat ein Auftrag ist, den der Stadtrat bekommt, den man in dem Sinn, wie es gesagt wird, ausführen kann. Der Stadtrat ist auch sehr interessiert daran, hier eine gute Lösung zu finden, dass es wirklich für die Bewohnerinnen und Bewohner eine gute Lösung gibt. So wie es nun ausgeführt ist, ist der Stadtrat bereit, dieses Postulat in dieser Form anzunehmen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich für die Erläuterungen und fragt nach weiteren Wortmeldungen.

René Schäffeler, FDP führt voraus, dass es natürlich ein wenig bemühend ist, wenn man erst eine halbe Stunde vor der Sitzung den neuen Text sieht, jetzt darüber zu reden. Was aber sehr erstaunt ist, dass nun, da man von Varianten redet mit und ohne Trottoir, dass das nun auf einmal kein Problem mehr sein soll, wo doch im Quartierplan ein Trottoir vorgesehen ist. Wir haben hier nicht nur die Stadt als Eigentümerin des Grundstücks, sondern auch Dritte, die davon betroffen sind. Herr Schäffeler kann sich nicht vorstellen, dass dieses Postulat, wenn es nun so bearbeitet wird, keine Auswirkungen hat. Auch für die interessierten Parteien, welche da Land besitzen. Es geht ja nicht nur um die Stadt. Herr Schäffeler hätte hier gerne Klarheit, wie nun hier die Einschätzung ist von Seiten des Stadtrates.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent erklärt, dass es ganz klar ist, dass der Quartierplan rechtsgültig ist und das Trottoir gebaut werden muss. Dabei handelt es sich um eine gebundene Ausgabe. Das andere ist, dass dieses Postulat gerne entgegengenommen und die Thematik der Verkehrsberuhigung bearbeitet wird. Im Postulatstext steht eigentlich „mit oder ohne Trottoir“. Der Stadtrat stellt nur einen Bericht und Antrag, macht uns also diese Arbeit. Dies ändert aber nichts daran, dass das Quartierplanverfahren, welches rechtskräftig ist, nicht beanstandet wird und dieses Trottoir auch auf dieser Seite realisiert werden muss.

René Schäffeler, FDP ist der Meinung, dass man hier noch präzisieren muss. So bringt es eigentlich gar nichts, wenn ein Antrag gestellt wird für einen Auftrag ohne Trottoir. Weil das ja nicht geht.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent bemerkt, dass man das ja in der Begründung nachher erläutern kann.

Werner Käser, FDP hat hierzu zwei Punkte zu sagen: Zum einen nochmals der Hinweis darauf, dass dieses Postulat nur ein Auftrag ist, etwas zu prüfen und der Stadtrat überhaupt nicht seiner Handlungsfreiheit beschränkt wird. Der Stadtrat kann immer noch selbst entscheiden, was er will. Von dem her gesehen kann man das Postulat ja eigentlich problemlos überweisen. Der Stadtrat hat ja zugesagt, dass das ohnehin geprüft wird. Er möchte aber widersprechen, dass es sich bei dieser Ausgabe von Fr. 195'000.- um eine gebundene Ausgabe handelt. Da will sich Herr Käser ein wenig in der Kompetenz des Einwohnerrates wehren. Sonst hätte man ja gar nicht über diese Vorlage abstimmen müssen, wenn es denn wirklich eine gebundene Ausgabe wäre. Er geht davon aus, dass zu gegebener Zeit diese Vorlage mit dem Vorschlag auch wieder kommt. Zumindest ist es nicht der Stadt ihre Aufgabe. Das wird ja, so nimmer Herr Käser an, wieder eine Vorlage geben.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent kann dazu Auskunft geben. Der Stadtrat war wahrscheinlich im Rahmen aller Themen, das sieht man auch daran, dass man für den Voranschlag 2016 eine Vorlage gewollt hat, zu wenig präzise in seinen Abklärungen zu gebundenen Ausgaben. Aber wenn man einen Quartierplan beschliesst, hat das Folgekosten und diese Folgekosten sind mit dem eigentlich definiert. Der Stadtrat macht daraus gerne eine Orientierungsvorlage, das ist ganz klar. Wenn man es zum Beispiel bei der Sanierung der Rietstrasse gemacht hat, die auch eine gebundene Ausgabe darstellt. Das macht der Stadtrat ganz sicher. Man kann nicht hinten raus schlüpfen und meinen, man erkläre das nun für gebunden, sondern der Stadtrat wird visieren, um was es hier genau geht. Es ist einfach so, dass das umgesetzt werden muss, weil das Quartierplanverfahren rechtskräftig abgeschlossen ist und da ist das Trottoir ein Bestandteil davon und das ist übrigens in der Grundstückplanung von der Stadt und von anderen Eigentümern vorgesehen. Man spricht also nicht von der Strasse, dem Strassenraum oder den Strassenparzellen, sondern von den Grundstücken im Quartierplan, wo das Trottoir gebaut wird.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich für die Ausführungen.

Irene Gruhler Heinzer, SP erinnert daran, dass das Trottoir an der letzten Budgetsitzung, in welcher das Trottoir in Budget vermerkt wurde, zurückgewiesen wurde unter der Bedingung, dass dem Einwohnerrat dann eine Vorlage zum Thema vorgelegt wird. Daran will Frau Gruhler Heinzer nochmals, in Anschluss an Herrn Käser, erinnern.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich für das Votum und fragt nach weiteren Wortmeldungen.

René Schäffeler, FDP will es kurz machen. Aus seiner Sicht müsste man über dieses Thema nicht mehr diskutieren. Der Einwohnerrat hat in der letzten Sitzung lang und breit über dieses Thema diskutiert. Es wurde über das Thema gesprochen, ob das Trottoir realisiert werden soll, bevor gebaut wird, da hat man gesagt das mache noch keinen Sinn. Es wurde über die Verkehrssicherheit gesprochen, welche auch ein grosses Thema ist. Diese Punkte wurden aufgenommen und auch protokolliert. Er ist der Meinung, dass es in diesem Fall nun weder eine Motion noch ein Postulat gebraucht hätte. Das zeugt einfach davon, und da haben wir auch eine gewisse Historie, dass ein tiefes Misstrauen untereinander herrscht, dass man scheinbar einander nicht traut, dass wenn man etwas im Rat diskutiert und Meinungen einbringt, dass die dann wirklich auch umgesetzt werden. Man muss immer gleich noch nachdoppeln mit einer Motion oder mit einem Postulat. Das ist für Herr Schäffeler absolut nicht nötig. Wir haben das

letzte Mal unsere Meinungen dazu gesagt, der Antrag wurde zurückgewiesen, er ist der Meinung, dass die Haltung des Einwohnerrates so klar ist. Für ihn braucht es dieses Postulat nicht und es wird von ihm auch keine Zustimmung bekommen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Schäffeler.

Cornelia Dean, SP begrüsst die Anwesenden und bemerkt, dass es bei diesen Fr. 195'000.- nur um einen Teil des Trottoirs geht, wenn sie das richtig im Kopf hat. Stimmt das so? Es ist ja nicht das ganze Trottoir, welches im Quartierplan eingezeichnet ist.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent erklärt, dass das gebaute Trottoir in der Vorlage rot eingezeichnet ist und das ist der Anteil der Stadt. Die Stadt ist anteilig an den Erschliessungskosten und in diesem Quartierplan innen verpflichtet als Miteigentümer. Das ist der Anteil, den die Stadt zahlen muss und der andere Anteil muss der andere Grundeigentümer gewährleisten.

Cornelia Dean, SP fragt nach, ob dies nun heisst dass, der rot eingezeichnete Teil der Stadt ist und das restliche eingezeichnete Trottoir, welches auch im Quartierplan vermerkt ist, ist der andere Grundeigentümer?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent verneint dies. Der ganze rote Teil, welcher in der Vorlage eingezeichnet ist, ist ein gemeinsamer Teil. Anteilig gemäss der Fläche, welche diese Grundeigentümer haben, werden die Kosten aufgeteilt. Dies ist im Verhältnis von ca. 60:40.

Cornelia Dean, SP wiederholt ihre Frage nochmals. Sie meint nicht das, was Herr Oderbolz gerade erklärt hat, sie meint folgendes: Es ist nicht das ganze Trottoir, welches auf dem Quartierplan eingezeichnet ist, rot eingefärbt. Dies heisst also, dass nur der rote Teil zahlt die Stadt mit diesen Fr 195'000.- und der Rest, welcher nicht rot eingezeichnet ist, muss ja auch noch gebaut werden, weil man ja den Quartierplan umsetzen muss

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent unterbricht Frau Dean und erklärt, dass das restliche Trottoir zu einem späteren Zeitpunkt gebaut wird. Nämlich dann, wenn weitere Bauvorhaben geplant werden.

Cornelia Dean, SP fährt fort und erklärt, dass, so wie sie den Quartierplan im Kopf hat, ist das eigentlich so, dass ein Stück der Strasse, welche auf beiden Seiten noch weitergeht, wird einfach für ein Stück zwischen drin für Fr. 195'000.- ein Trottoir gebaut welches mitten in der Strasse aufhört?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent stimmt zu und wiederholt, dass nur genau der Teil des Trottoirs, welcher im Quartierplan eingezeichnet ist, gebaut werden soll.

Cornelia Dean, SP führt aus, dass man sich nun mal vorstellen müsse, wenn man auf dieser Strasse in Richtung Kaltenbach laufe. Die Strasse wird noch enger, das kommt dazu. Dann kommt ein Trottoir, da stehen vielleicht sogar noch Autos darauf, weil ja schliesslich auch irgendwo parkieren müssen. Nämlich die, die jetzt im Feld stehen, stehen dann einfach auf dem Trottoir. Dann kann man dann die Meter, die nun auf dem Trottoir eingezeichnet sind, wieder laufen und dann hört das Trottoir wieder auf. Und das Trottoir das hört irgendwo einfach auf. Nämlich im Feld, also irgendwo, wo es nicht irgendetwas ist wo man hinkommt. Und dann muss man wieder auf die Strasse. Jetzt einfach mal betrachtet ohne Gesetz und so, wenn man sich das überlegt, ist das nicht logisch. Wenn schon, dann müsste man doch gleich das ganze Trottoir bauen, weil auf beiden Teilen, auch nach Kaltenbach, trotzdem wieder aufhört und man wieder auf der Strasse laufen muss. Autos fahren da ja trotzdem durch und die Kinder gehen dann auf der Strasse. Es macht so für Frau Dean einfach keinen Sinn, dass man dafür fast Fr. 200'000.- in diesen paar Metern Trottoir vergräbt, welche einfach irgendwo aufhören und nirgends hinführen und die Leute schlussendlich wieder auf der Strasse laufen müssen.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent will das Vorgehen erklären. Der rote Strich auf dem Quartierplan, welcher das Trottoir darstellt, ist sinnvoll dargelegt. Der geht genau bis an die Schnittstelle, wo nachher die Quartiererschliessung, die grosse breite Strasse, gemacht werden müsste. Und auf der anderen Seite geht das Trottoir genau bis an die Überbauung heran, wo der Verkehrsteilnehmer nachher über die Strasse kann in die bestehende Überbauung im Degerfeld. Das ist ein Abschnitt, welchen der Stadtrat als sinnvoll befunden hat für die Erschliessung des Quartierplanes. Das ist ein Vorschlag des Stadtrates, welcher dem Einwohnerrat präsentiert wurde und der wird vom Stadtrat bei der Überarbeitung des Vorschlags nochmals präzisiert, wieso genau dieser Abschnitt Sinn macht.

Irene Gruhler Heinzer, SP will sich René Schäffeler anschliessen. Auch sie will keine Diskussion mehr über dieses Thema. Das war auch der Grund, warum Frau Gruhler Heinzer ihre Motion in ein Postulat umgewandelt hat, weil diese Diskussion ob Trottoir oder nicht, eigentlich müssig ist. Es geht um die Verkehrsberuhigung und sie bittet die Anwesenden, dies zu berücksichtigen. Es ist keine einfache Situation, eine vernünftige Verkehrsberuhigung zu machen und darum appelliert Frau Gruhler Heinzer an den Rat, das Postulat zu überweisen, damit man das schwarz auf weiss hat.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident fragt nochmals nach, ob die Diskussion nun beendet ist. Frau Gruhler Heinzer hat ihr Schlussvotum vergeben. Herr Spescha verliest den Postulatstext nochmals:
Der Stadtrat wird beauftragt einen Bericht und Antrag über die Gestaltung der Verkehrswege Degerfelderweg, Degerfelderstrasse und zum Nägelisee mit und ohne Trottoir, je mit verkehrsberuhigenden, baulichen Massnahmen zu erarbeiten. Diese sollen dem Einwohnerrat als Varianten rechtzeitig (d.h. vor einer allfälligen neuen Trottoirvorlage) vorgelegt werden zu der vom Einwohnerrat am 17.6.2016 zurückgewiesenen und zu bereinigenden Vorlage „Neubau eines Trottoirs an der Degerfelderstrasse und zum Nägelisee gemäss Quartierplan – Kreditantrag Fr 195'000.-“.
(Zitat I. Gruhler Heinzer)

<u>Abstimmung</u>
Das Postulat wird mit 9 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung als erheblich erklärt.

Irene Gruhler Heinzer, SP hat eine Anregung an den Stadtrat. Sie bittet den Stadtrat darum, dass, wenn die Vorlage dem Einwohnerrat wieder vorgelegt wird, wäre es sehr hilfreich, wenn die vertraglichen Regelungen, wie das anteilsmässig aufgeteilt ist, vorgelegt werden würde, weil das ja einer der Gründe war, warum die Vorlage zurückgewiesen wurde. Der Einwohnerrat wird so vielleicht auch über einen anderen Betrag als diese Fr. 195'000.- abstimmen müssen. Dies ist einfach im Moment nicht ganz klar.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich für die Anregung.

Mitteilung an:
- Irene Gruhler Heinzer, Volksmotionärin
- Bau-/ Werkreferenz
- Bereichsleiter Bau
- Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Vorstösse "Postulat" 03.20.020

4. Postulat Werner Käser: Aktive Wirtschaftsförderung des Einkaufszentrums Altstadt 4

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident führt aus, dass Werner Käser am 14. Juli 2016 ein Postulat zur aktiven Wirtschaftsförderung in der Altstadt mit folgendem Wortlaut eingereicht:

1. *Das Parkieren auf stadteigenen, öffentlichen Parkplätzen im Altstadtbereich wird den Benützern in der ersten Stunde gebührenfrei ermöglicht.*
2. *Das Parkieren in der Altstadt wird im Monat Dezember generell gebührenfrei ermöglicht. (Zitat Postulat W. Käser)*

Herr Spescha bittet Herr Käser, sein Postulat zu begründen.

Werner Käser, FDP ergänzt sein Postulat folgendermassen: Im Sinne einer aktiven Wirtschaftsförderung für Gastronomie, Gewerbe, Handel und Tourismus lädt Herr Käser den Stadtrat ein, folgende Anliegen zu prüfen. Es geht also auch hier wieder nur darum, etwas zu prüfen.
Detaillisten und Gastronomie haben in den vergangenen Monaten stärken als je um ihre Existenz zu kämpfen. Der Eurokurs, das Einkaufsverhalten der Kunden und andere Einflüsse zehren an Umsatz und Einkommen. Dies hat verschiedene Konsequenzen: Die Unmöglichkeit, Liegenschaften zu erhalten, das Verschwinden von Geschäften und Restaurants, den Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Damit verbunden ist der Wegfall von Steuereinnahmen, die Schwächung der Grundversorgung für weniger mobile Mitbürger und ein durch leere Ladenlokale minder attraktives Städtchen. Papeterie Feurer, Chäs Graf, Hotel Adler, Café Späth, Heimatwerk, Restaurant Klosterstübli, Falken-Gallerie, Riihöhli, Delphin, Post, CHIC, Badstube... Die Liste der Lokalitäten, welche bereits geschlossen haben oder demnächst aufgeben, ist lang.
Das Gemeinwesen kann dem einzelnen Betrieb nicht direkt helfen. Aber es kann und soll Rahmenbedingungen schaffen bzw. erhalten, welche ein lebendiges Städtchen mit einer intakten Grundversorgung möglich machen. Eine der konkreten Möglichkeiten dazu ist die Art der Parkplatz-Bewirtschaftung. Durch den Verzicht auf die erste Stunde der Parkplatzgebühr ermuntern wir Einheimische und Besucher, länger im Städtchen zu verweilen. Durch den Verzicht auf Parkgebühren im toten Winter ermuntern wir Einheimische und Besucher, wieder vermehrt im Städtchen, statt auf der grünen Wiese, wo das Parkieren ganz gratis ist, einzukaufen. Eine weitere Massnahme in diesem Bereich wäre die Systemänderung, dass erst beim Wegfahren die Parkgebühr zu entrichten ist. Diese Massnahme wäre sehr willkommen, bedingt dann aber grössere Umstellungen.
Die von mir angeregten Massnahmen sind hingegen kurzfristig umsetzbar. Natürlich sind sie nicht ganz gratis zu haben. Den Vorteilen stehen die Kosten für die Umstellung der Parkuhren und der allfällige Einnahmenausfall gegenüber. Ich bin mir auch bewusst, dass diese Massnahme nicht ausreicht, um die Probleme der Detaillisten zu lösen. Sie wären aber ein konkreter kleiner Schritt zur Hilfestellung. Ich lade den Stadtrat ein, diese Massnahmen zumindest zu prüfen. Andere Gemeinden wie zum Beispiel Neuhausen am Rheinfall oder Diessenhofen haben ihre Parkplatzkonzepte bereits umgestellt. In Schaffhausen wurde ein ähnlicher Vorschlag lanciert; er ist einzig daran gescheitert, dass die privat betriebenen Parkhäuser nicht mitziehen konnten. Dieses Problem haben wir in Stein am Rhein nicht.
Ich bitte Sie, mein Postulat zu überweisen – für ein weiterhin attraktives und lebendiges Stein am Rhein. Danke.
(Zitat W. Käser)

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent erklärt, dass der Stadtrat, wie vorhin erwähnt, ein Postulat von Werner Käser erhalten hat zur Möglichkeit der Entlastung der Ladenbesitzer oder eben, um den Einkaufstourismus zu begünstigen und zu forcieren. Der Stadtrat hat das Postulat erhalten und geprüft, die Stadtverwaltung hat da ausgiebig mitgeholfen. Der Einwohnerrat hat ein Papier bekommen, welches der Stadtschreiber vorhin verteilt hat, auf welchem die Einnahmen aufgelistet sind. Wie man weiss gehen die Einnahmen der Parkuhren in den Parkplatzfonds.

Und wenn man die erste Seite des Papiers aufmacht, sieht man, dass man durch die Gebühren des Parkierens etwa Fr. 600'000.- einnimmt je nach Jahr an Parkgebühren, Parkbussen usw. alles zusammengerechnet. Der Stadtrat ging dieser Sache nach, wie das herauskommen würde. Es ist so, dass die erste Frage von Herr Käser ist die, dass man die erste Stunde gratis parkieren kann. Da war eigentlich die Kernfrage, wie man das bewerkstelligen könnte. Der Stadtrat hat dann abgeklärt, was das überhaupt ausmacht. Wir haben auch in der Fraktion darüber diskutiert. Herr Böhni hat das am Nachmittag nochmals ausgerechnet. Es stehen eigentlich für die Einheimischen für Fr. 30.- Jahreskarten zur Verfügung. Also diejenigen, die in der Gegend wohnen, die kaufen mit Vorteil eine Parkkarte für Fr. 30.-. Dann können sie im Monat für Fr. 2.50 überall parkieren für zwei Stunden. Das ist schon mal eine grosse Entlastung für die einkaufen Leute hier, oder auch diejenigen, die in die Gastronomie gehen. Es sind dieses Jahr etwa 1'333 solche Karten im Umlauf, von welchen die Leute profitieren. Dann hat sich der Stadtrat eben auch Gedanken darum gemacht, was das überhaupt nutzt, wenn wir nochmals die erste Stunde gratis geben. Das ist technisch zum Teil machbar, hat trotzdem aber wieder Folgekosten, wie die Umänderung der Parkuhren und die zwei grossen Automaten müssten sogar ersetzt werden, was etwa Fr. 18'000.-. Zusammen mit der Umstellung kommt man auf Kosten von etwa Fr. 29'000.-. Der Stadtrat ist dann zum Schluss gekommen, dass schlussendlich, wie man unten auf Seite zwei sehen kann, total mit der Einschränkung Fr. 130'000.- vom Parkplatzfonds wegfallen würden. Das sieht man in der Hochrechnung, die die Verwaltung gemacht hat, dass wir dieses Geld verlieren würden. Die Frage ist dann natürlich, mit der Sparrunde, die die Stadt im Moment hat, ob wir das verkraften können. Wie man weiss, steht auch in diesem Bericht, was man mit dem Geld alles macht. daher empfiehlt der Stadtrat, das Postulat Käser abzulehnen.
Herr Böhni wendet sich dem zweiten Thema zu, welches er auch als sehr diskutabel erachtet. Das wäre das gebührenfreie Parkieren im Dezember. Da hat man wieder feststellen müssen, dass diese 1'333 Personen, die eine Parkkarte besitzen, nicht davon profitieren. Diese hätten ja dann für diesen Monat gezahlt im Prinzip. Es gäbe auch Schwierigkeiten mit dem Kontrollieren. Herr Böhni korrigiert sich, es gäbe keine Schwierigkeiten mehr mit dem Kontrollieren, da dann einfach überall über den Parkuhren ein Sack darübergestülpt und alle könnten gratis parkieren. Das wären Mindereinnahmen im Dezember, zu sehen auf der linken Seite, aufgelistet von der Polizei. Der Dezember ist auch für uns, dank der Märlistadt, auch ein Segen. Die Märlistadt ist auch für die Stadt ein Segen, weil sie Fr. 40'000.- Parkplatzeinnahmen generiert. Zum November, welcher Fr. 28'000.- Einnahmen generiert, ist das eine rechte Steigerung, dank der Märlistadt. Gleichzeitig hat die Stadt auch während der Märlistadt auch einen Mehraufwand, das ist ganz klar. Man hat mehr Abfall zu entsorgen, man hat aber auch noch anderes, zum Beispiel eine erhöhte Reinigung. Es ist schwierig, die Anforderungen zu erfüllen, welche die verschiedenen Märlihäuser mit sich bringen. Die Stadt macht das gerne, das ist die Meinung aller an diesem Tisch, dass man die Märlistadt gerne unterstützt, wie andere Sachen auch. Nur macht die Stadt das auch nicht ganz gratis. Die Stadt hat auch die Verpflichtung, ihrer Kasse Sorge zu tragen. Wenn der Parkplatzfonds so bleibt, man hat ja erst kürzlich die Parkplatzgebühren moderat erhöht von Fr. 1.-/h auf Fr. 1.50/h. Das ist ja wirklich auch moderat. So leid es Herr Böhni auch tut, und so gut das Postulat eigentlich auch erscheint, es ist schliesslich auch in seinem persönlichen Gusto, so zu denken, nur ist es von den Finanzen her besser, das Postulat abzulehnen. Daher möchte er dem Einwohnerrat nahe legen, das Postulat nicht zu überweisen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Böhni für seine Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Werner Käser, FDP hat zu den Ausführungen von Herr Böhni noch ein paar Bemerkungen zu machen. Er will aber zuerst dem Stadtrat ein Lob aussprechen. Mit dem Papier, das hier vorliegt, hat er den Auftrag ja entsprechend schon fast erfüllt, das zu prüfen. Das ist also eine gute Arbeit, wie das geprüft worden ist. In der Sache ist Herr Käser aber anderer Meinung und hat dementsprechend ein paar Anmerkungen zu machen. Auf Seite zwei schreibt der Stadtrat, das „nebst dem Ertragsausfall von Jahresparkscheiben von Fr. 41'000.-„ – Also geht man davon aus, dass so gar keine Parkscheiben mehr verkauft werden würden, wenn man diese

Massnahmen ergreifen würde. Das ist natürlich ein wenig auf die eigene Seite gerechnet. Auf Seite drei wegen der Märlistadt: Das will Herr Käser einfach mal darauf hinweisen, dass die Stadt behauptet, dass sie einen Mehraufwand durch die Märlistadt hat, da sie mehr putzen müssen. Es ist ja aber so, dass die Stadt während der Märlistadt auf dem Rathausplatz nicht putzt. Sie schreiben ganz ausdrücklich, dass sie dann nicht putzen können zwischen den Häuschen und dass das die Standbetreiber selbst übernehmen müssen. Das wird auch akzeptiert, es ist aber dann nicht so, dass die Stadt durch die Märlistadt einen erheblich grösseren Aufwand hätte. Im gleichen Abschnitt 3. a) steht, dass die Stadt für das Gewerbe in der Altstadt einen grossen Aufwand leistet. Dies ist unbestritten. Herr Käser will einfach eine Einschränkung machen: „ist um den Blumenschmuck besorgt und mäht die Grünflächen“, das macht die Stadt und das ist auch gut so und das macht sie natürlich nicht nur für das Gewerbe sondern für alle Anwohner. Das muss dazu gesagt sein.
Herr Käser kann die ganze Argumentation des Stadtrates nachvollziehen und er hat es auch in seiner eigenen Begründung gesagt, diese Massnahmen wären nicht gratis zu haben, die kosten etwas, aber es wäre eine konkrete Massnahme, die man machen könnte. Ein runder Tisch, wie er auch im Text erwähnt ist, ist gut und wichtig, nun braucht es aber konkrete Massnahmen. Ein runder Tisch ist langfristig sicher etwas Gutes, aber jetzt sind konkrete Massnahmen gefragt.

Cornelia Dean, SP sagt, dass auch sie in der Fraktion das Thema und die Situation ausführlich diskutiert haben und einiges an Sympathie für das Postulat haben. Wie Herr Käser schon gesagt hat, sind einige Fragen durch den Stadtrat schon beantwortet worden. Diese Fr. 135'000 wären für die Stadt eine grosse Einbusse. Die müssen auch zuerst wieder irgendwie eingeholt werden. Von dem her würde der Parkplatzfonds ganz klar darunter leiden, aber nichts desto trotz ist die SP Fraktion der Meinung, dass man etwas unternehmen sollte und sich Gedanken über die Parkplatzsituation in Stein am Rhein machen sollte. In der Fraktion wurden auch ein paar Vorschläge durchgesprochen, wie zum Beispiel, dass man erst beim rausfahren zahlen müsste, dass die Leute nicht nachzahlen müssen. Wenn man im Restaurant sitzt und merkt, dass die Parkuhr abgelaufen ist, trinkt man vielleicht keinen Kaffee mehr. Man kann nicht sitzen bleiben. Die Parkuhren schränken darum die Leute in der Altstadt sehr ein. Sei es beim Einkaufen oder Kaffee trinken. Das ist in der Umsetzung sicher schwierig, aber es ist ein Denkanstoss, dass man hier freier ist und dass Touristen nicht davonrennen müssen wegen den Parkuhren. Oder man könnte auch einen Kaffee-Bon rausgeben oder einfach Anreize schaffen, welche zum Bleiben verweilen. Das ist, was die SP Fraktion auch diskutiert hat. Es wurde in diesem Postulat schon viel geprüft, es sollte aber trotzdem, nichts desto trotz, nochmals über dieses Thema nachgedacht werden, was man im Parkplatzkonzept alles verbessern kann, dass es einen Vorteil gibt für das Steiner Gewerbe. Das ist auch Frau Dean sehr wichtig.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Frau Dean für ihre Ausführungen.

Christian Flück, Pro Stein begrüsst die Anwesenden. Er empfindet das Postulat von Herr Käser auf jeden Fall prüfenswert, er sieht es aber ein wenig im Kontext mit dem Steiner Wohn- und Wirtschaftsstandort und er glaubt, dass, wenn man den Hebel anders ansetzen könnte, in Form von attraktiven Angeboten an Läden, an Gastronomie oder an Sehenswürdigkeiten welche vielleicht noch ein wenig spezifischer sind, dann hätte man dann hätte man den Nebenschauplatz der Lackiererei auch erschlagen oder er hätte ein anderes Gewicht. das haben wir nun aber leider nicht und das ist schade aber im Moment hat die Stadt eher das Gegenteil von einem Ladensterben in Stein am Rhein. In der Gastronomie gibt es auch eine gewisse Anzahl von Betrieben, die nicht wissen, wohin es geht. Leider, in einer besseren Situation würde man wahrscheinlich über dieses Postulat gar nicht reden. In der Pro Stein wurde auch darüber diskutiert, was es für Möglichkeiten gäbe, vielleicht auch eine Variante für die Gewerbetreibenden unterstützen könnte. Die Idee mit der Ausfahrt ist auch legitim, das ist auch eine gute Sache, darüber zu diskutieren. Herr Flück ist sich aber einfach nicht sicher, was man dann damit will. Es ist eine Umlagerung, die Kosten werden einfach auf der anderen Seite generiert. Es ist für Herr Flück nicht ganz klar, wo denn dabei die Balance liegt, gibt er ganz ehrlich zu. Auf der einen Seite wird das Gemeindewesen wieder belastet, auf der anderen Seite

gibt es vielleicht trotzdem nicht gewünschte Effekt auf das Gewerbe. Er ist dabei sehr hin und her gerissen. Es muss ganz klar etwas gemacht werden, er weiss aber nicht, ob das Parkieren der prioritär erste Schritt ist, um den Wirtschaftsstandort Stein am Rhein zu stärken. Da herrscht beim ihm wirklich Unsicherheit, aber absolute Sympathie.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Flück für sein Votum.

Ruedi Vetterli, parteilos will sich sehr kurz fassen. Auch er hat durchaus Sympathie für das Postulat von Herr Käser. Er will auch keinem Gewerbetreibenden, Restaurantbesitzer oder Hotelbesitzer die Verantwortung wegnehmen. Er sieht aber auch, dass es nicht so ist, dass alle, die in letzter Zeit aufgegeben haben, oder aufgeben mussten, einfach selber Schuld sind oder schlecht gearbeitet haben. Das ist seiner Meinung nach sicher nicht der Fall. Er liest da in der Stellungnahme des Stadtrates, dass es diesen Runden Tisch gibt, also dass es Gespräche gibt, die konstruktiv sind, dass man sich am Standortentwicklungsprojekt Einkaufs- und Erlebnisregion Schaffhausen beteilig und da natürlich auch finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Trotzdem stellt Herr Vetterli fest, dass die Unzufriedenheit wächst und die Läden in Stein am Rhein zugehen. Er ist sich nicht sicher, aber er glaubt nicht, dass das Postulat den gewünschten Nutzen vollumfänglich erbringen wird. Das hat ja auch Herr Käser selbst gesagt, dass es sicher noch mehr braucht. Aber Herr Vetterli wird aus Solidarität dieses Postulat überweisen und es steht ja auch explizit „folgende Anliegen zu prüfen“ und es besteht ja auch die Hoffnung, dass man im Laufe dieser Prüfung doch noch auf andere Ideen kommt, die zusätzlich oder an Stelle von dem eine Verbesserung bringen können.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Vetterli.

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent will noch etwas ergänzen. Er gibt den Anwesenden noch zu bedenken, dass ab 18.00 Uhr das Parkieren in der ganzen Stadt gebührenfrei ist. Wenn man nun zum Beispiel um 16.00 Uhr in ein Restaurant geht und da zwei Stunden sitzen bleibt, dann kann man danach sitzen bleiben. Stein am Rhein ist hier also noch ein wenig liberaler als andere Gemeinden, bei denen die Ein- und Ausfahrt durch Schranken geregelt ist. Man kann also sagen, dass nicht alles schlecht ist, aber wir haben das nun im Rat schon mehrmals diskutiert, dass nun Herr Käser das so macht, dem sind nicht abgeneigt, aber wir haben auch diesen Parkplatzfonds, den wir mit unseren Kosten wie WC Reinigung und allen zusammen, was ja auch immer beklagt wird, oder wenn etwas gebaut wird sollte man auch aus diesem Fonds etwas nehmen können, als das alles nur mit Steuergeldern zu bezahlen. Das ist eigentlich der Sinn dahinter. Sonst hat vielleicht auch noch jemand anderes aus dem Stadtrat dazu etwas zu sagen.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin bemerkt, dass es ein riesiges Thema ist, das hinter dieser Frage steht und es ist genau die Frage, die laut Frau Eimer, alle Anwesenden betrifft: Wie geht es mit Stein am Rhein weiter? Wie können wir die Läden behalten? Wie kann man das Gewerbe unterstützen? Wie kann man den Wohnraum, oder den Wohn- und Wirtschaftsstandort Stein am Rhein attraktiv halten?
Dafür brauch es wirklich Strategien, wo man miteinander unterwegs ist. Das mit dem Parken ist ein Teil, bei dem auch Frau Eimer findet, dass diese Situation rein psychologisch nicht optimal ist, wenn man von Anfang an eine Parkzeit limitieren muss. Es wäre schön, wenn man andere Modelle hätte. Man ist gerade dabei, das Verkehrskonzept zu überarbeiten, dass man hierbei diesen Teil sicher auch mitdenkt und sich überlegt, was überhaupt, auch finanziell, möglich ist. Ein anderer Punkt ist tatsächlich auch, mit dem Wohn- und Wirtschaftsstandort Stein am Rhein, was hier genau unternommen werden soll. Wie schon gesagt, kann man nicht einfach den schwarzen Peter irgendjemandem zuschieben, sondern da gilt es wirklich, gemeinsam Lösungen zu finden und sich wirklich bewusst machen, wo man welchen Franken ausgibt. Die Frage ist hier, wen man unterstützen will. Es gibt auch immer wieder Lösungen, auch bei Läden, die geschlossen wurden. Die Confiserie Späth zum Beispiel wird weitergeführt. Es gibt also auch da immer wieder Lösungen aber nichts desto trotz müssen wir hier unsere Aufgaben wirklich machen und zukunftsorientiert unsere Strategien planen und überdenken. Man hat das

erkannt und darum den Runden Tisch ins Leben gerufen auch mit dem RSE Projekt, das regional vernetzt ist, weil wir alleine in Stein am Rhein ist ein Teil, aber auch hier müssen wir über unsere Grenzen hinaus schauen, was man machen kann. Und da ist der Stadtrat wirklich unterwegs.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Frau Eimer für ihre Ausführungen und fragt nach weiteren Wortmeldungen.

René Schäffeler, FDP hat noch eine kleine Ergänzung zu machen. Er hat das Postulat auch selber mit unterschrieben weil es ihm auch sympathisch ist und es ihm ein Anliegen ist, mit dem lokalen Gewerbe etwas zu machen und Signale zu setzen. Vor allem auch, wie man nun sieht, mit dem Verkehrs- und Parkierungskonzept, das man im Moment am entwickeln ist. Es ist einfach wichtig, auch in diesem Zusammenhang, dass man sich die ganze Gebührenstruktur anschaut und sich überlegt, wie man die Parkierungsgebühren erheben will. Ob man die beim herausfahren erheben will, ob das vielleicht eine Alternative ist, oder was man dann da machen will. Das Postulat von Herr Käser ist ja sehr offen formuliert. Es geht grundlegend darum, die Sachen zu prüfen und Herr Schäffeler ist vor allem auch wichtig, dass diese Sachen in ein Gesamtparkierungs- und Verkehrskonzept einfliessen und dass man sich diese Sachen mitüberlegt und dass man überlegt, was wirklich Sinn macht und was nicht und so kommt man möglicherweise auch zu anderen Schlussfolgerungen als dazu, was das Postulat fordert.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Schäffeler und übergibt das Wort an Herr Käser für ein Schlussvotum.

Werner Käser, FDP ergreift zuletzt das Wort und erklärt, dass er nicht mehr allzu lange machen will. Er bittet den Einwohnerrat, das Postulat zu überweisen und am Auftrag dran zu bleiben. Vieles steht im Papier des Stadtrates schon drin zum Thema. Gerade auch der Runde Tisch oder das Verkehrskonzept sind Gelegenheiten, wo man diese Anregungen einfliessen lassen kann. Herr Käser betont, dass er auch offen ist für andere Ideen. Das sind ja nur einfach zwei Möglichkeiten von vielleicht mehreren und er bittet den Rat, hier einen Schritt zu machen, damit man auch an diesem Thema dranbleiben kann.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich bei Herr Käser für sein Schlussvotum. Herr Spescha schliesst die Diskussion und liest das Postulat nochmals vor:

1. *Das Parkieren auf stadteigenen, öffentlichen Parkplätzen im Altstadtbereich wird den Benützern in der ersten Stunde gebührenfrei ermöglicht.*
2. *Das Parkieren in der Altstadt wird im Monat Dezember generell gebührenfrei ermöglicht. (Zitat Postulat W. Käser)*

<u>Abstimmung</u>
Das Postulat wird mit 10 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen als erheblich erklärt und überwiesen.

Mitteilung an:
- Werner Käser, Postulant
- Präsidialreferat
- Sicherheitsreferat
- Stadtschreiber
- Stadtpolizei
- Stadtkanzlei
- Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

5. Allgemeine Umfrage 5

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin verliest im Namen des Stadtrates noch ein paar Daten zu verkünden:
17. September – Museumsnacht. Für Fr. 11.- kann man verschiedene Angebote aus dem Museumsführer nutzen. Es hat auch wieder verschiedene Angebote in Stein am Rhein. Dazu noch eine Anmerkung zum Postulat von Herr Käser: Auch die Kulturstadt, also unsere kulturellen Angebote, sind sehr wichtig für Stein am Rhein als attraktive Stadt und attraktiver Wohnort.
4. November – Henkermöhli. Dieses ist alle vier Jahre Ende der Legislatur. Da sind alle Behördenmitglieder eingeladen, auch die, deren Amtszeit noch nicht beendet ist. Das Programm wird den Anwesenden noch zugestellt.
24. November – Information über den Stand der Sanierung des Altersheims. Dazu wird das Altersleitbild verabschiedet.
3. Dezember – Adventskonzert. Dieses wird wieder mit freundlicher Unterstützung der Jakob und Emma Windler Stiftung durchgeführt und der Erlös wird einer sozial tätigen Institution oder einem Verein zugutekommen. Dieses Mal ist das die Afghanistanhilfe von Schaffhausen von Frau Vreni Frauenfelder.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich und fragt nach, ob sonst noch Informationen von Stadtrat oder vom Einwohnerrat gewünscht sind.

Christian Flück, Pro Stein hat noch eine Frage an den Stadtrat. Wie sieht der Stand der Verwaltungsreform aus? Wann kann man das dem Rat kommunizieren? Er hat mal gehört, es sollte auf die Novembersitzung reichen. Ist dies immer noch das Ziel?

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin erklärt, dass der Stadtrat hier am Schlussbericht ist. Das Ziel ist, dass das in der November-, spätestens aber in der Dezembersitzung vorstellen wird. Weil man ja auch den Finanzplan hat, der überarbeitet wurde und die Dezembersitzung ist ja Naturgemäss immer die Budgetsitzung, wo das dann alles miteinander zusammenhängt.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich und fragt nach weiteren Meldungen.

Cornelia Dean, SP äussert eine Frage betreffend der Petition an den Stadtrat betreffend des Tulpenbaums am Bahnhof. Sie würde sich interessieren, wie da der Stand ist.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent gibt dazu gerne Auskunft von Seiten des Stadtrates. Diese Petition wurde aufgenommen und dem Projektausschuss und den entsprechenden Beteiligten weitergeleitet. Die SBB ist federführend in diesem Projekt und es ist so, dass dieser Tuplenbaum ja, wie fast alle wissen, ist das der Baum vor dem Restaurant Steinerhof und dieser Baum steht auf dem Grundstück der SBB und zuständig für all diese Sachen ist die SBB. Das Thema wurde im Projektausschuss mit allen Beteiligten diskutiert und es wurden Varianten geprüft. Man hat sogar Geld ausgegeben für diese Überprüfungen und es ist eigentlich ein Bestandteil des Projektes und die SBB, laut unseres Wissensstandes, will am Projekt festhalten. Das würde bedeuten, dass der Tulpenbaum anfangs 2017 weichen muss. Man will dazu noch festhalten, dass dieser Tulpenbaum durch drei neue Bäume ersetzt wird und dass, wie aus dem Projekt, eine zusätzliche Bepflanzung gemacht werden wird. Es gibt einen Park, dort wo jetzt so unschön das Postauto und die Südbadenbus GmbH startet. Dort gibt es eine grosse Bepflanzung mit mehreren Bäumen und es gibt auch auf der Südseite des Bahnhofs einen markanten Baum, wo der Projektausschuss meint, dass das Grün am Bahnhof sehr stark zunehmen wird.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich und fragt nach weiteren Meldungen.

Rolf Oster, SP äussert eine Frage an den Stadtrat zu seinem Postulat: Er liest auf der Einladung, wie schon ein paar Mal, „Postulat Oster: Einleitung von Massnahmen zum Erlangen des Labels Energiestadt“. Er fragt nun den Stadtrat, ob dieser sich da schon auf den Weg gemacht hat, diese Sache anzugehen. Man hat an diesem Abend schon mehrmals gehört, was ein Postulat eigentlich bedeuten soll. Gibt es da schon Ansätze, die verfolgt werden?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent gibt auch da Auskunft. Der Stadtrat kam bis jetzt noch nicht dazu, das Postulat anzupacken. Es ist aber auf der Pendenzenliste und der Stadtrat weiss auch, dass sie diese Pendenzen noch haben.

Gian Luca Marchetto, SVP will sich dem Votum von Rolf Oster anschliessen. Er äussert die generelle Frage an den Stadtrat, ob demnächst mal wieder ein paar Vorlagen, Projekte oder Geschäfte vom Stadtrat kommen oder nicht? Das würde ihn noch interessieren.

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin bemerkt, dass der Stadtrat natürlich immer viele Projekte hat und immer am Arbeiten ist, eben zum Beispiel mit der Verwaltungsreform, dass man diese noch im laufenden Jahr abschliessen kann. Das war ein riesiges Projekt, an dem man nun fünf Jahre gearbeitet hat. Dazu kam auch dieses Jahr das Projekt mit dem Finanzplan, der überarbeitet wird. Auch das geht nicht von heute auf morgen. Das Budget kommt auch noch dazu, das ist ja quasi schon eine normale Aufgabe, die der Stadtrat hat. Aber darin sieht man, und das wurde ja schon seit zwei drei Jahren gesagt, dass unsere finanzielle Situation so aussieht, dass wir eigentlich keinen grossen Spielraum mehr haben, um im Moment riesige Projekte zu realisieren, dass man wirklich mal in eine Phase kommt, in der mal konsolidieren kann. Es werden ja auch Legislatur- und Jahresziele gemacht. Die Jahresziele dieses Jahr, apropos Projekt, sehen wie folgt aus:

Präsidiales	1. Monitoring des Leitbildes ist durchgeführt und die weitere Umsetzung ist festgesetzt.
	Anpassungen von Verordnungen, Reglemente, Leistungsvereinbarungen werden evaluiert und priorisiert.
Tourismus, Kultur, Wirtschaft, Industrie:	Mit Gewerbe, Gastronomie, Tourismus und Kultur wird der "Runde Tisch" gepflegt. Strategien für ein Standortmarketing werden erarbeitet und die Umsetzung festgesetzt.
Finanzen	Die Entwicklungen und Auswirkungen der kantonalen Spar- und Entlastungsprogramme (EP14 und ESH3) werden laufend in die Planung aufgenommen.
	Das Anstellungs- und Besoldungsreglement ist überarbeitet.
	Für den Schuldenabbau ist ein Sanierungsplan erstellt.
	Die Bewirtschaftung des Finanzvermögens ist überarbeitet.
Bau Projekte	„WV- und Strassenprojekte Wagenhauser- und Eschenzerstrasse“, „Sanierung und Erweiterung Alters- und Pflegeheim“, „Bahn-/Bushof“, „Riipark“, „Hexenturm“, „Hohenklingen“, „Bürgerasyl“, „Kinderspielplatz“, „Ersatz Kindergartenschulraum“, „Parkplatz- und Verkehrskonzept“ sind aufgenommen und werden begleitet.
	Übergabe der Bootsliegeplätze an das vom Stadtrat beauftragte Organ.

Sicherheit und Umwelt Stadtpolizei Bestattungswesen/	Die strategische Ausrichtung der Stadtpolizei ist definiert und verabschiedet.
	Die Neubesetzung einer Stadtpolizei-Stelle (mit Bestattungswesen) ist abgeschlossen.

Friedhof	Die Administration der Grabfelder mittels Fachapplikation ist umgesetzt.
	Das Gemeinschaftsgrab mit Beschriftung ist ausgeführt.
Feuerwehr	Der Feuerwehrverband ist operativ und administrativ umgesetzt.
Bildung	Fortführung der Projektarbeit Schulzusammenarbeit Oberer Kantonsteil
Soziales und Gesundheit Alter und Gesundheit	Das Alterskonzept Stein am Rhein ist verabschiedet.
Stadtverwaltung	Der 2. Zwischenbericht der Verwaltungsreform ist verabschiedet.
	Die internen Prozesse und vorhandene Kontaktfelder zwischen den Referaten sind präzisiert und festgelegt.
	Die "Bestelleranforderungen" für die Sanierung des Rathauses sind durch die Stadtverwaltung erarbeitet und im Stadtrat verabschiedet.
	Für die Stadtbehörden (Einwohnerrat und Stadtrat) ist das Extranet eingeführt.

Ruedi Vetterli, parteilos möchte dazu noch einen Satz sagen. Er nimmt die lange Liste zur Kenntnis. Es blendet ihn aber trotzdem ein bisschen, dass drei von vier Pendenzen Postulate und Motionen des Einwohnerrates sind und, er hat dies schon einige Male gesagt, kommt man sich da nicht wirklich ernst genommen vor. Zum Beispiel ist da die Anpassung der Verordnung zu den Abwassergebühren. Herr Vetterli glaubt nicht, dass jetzt das ein grosser Aufwand wäre. Er kann sich da auch täuschen und lässt sich gerne korrigieren.

Rolf Oster, SP hat noch zwei Fragen: Ist es richtig, dass der Feuerwehrverband ein Hakengerät gekauft hat? Und wie viel hat das gekostet?

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent ist in der Feuerwehrkommission und auch bei der Auswahl diese Hakengerätes dabei gewesen und kann daher bestätigen, dass ein Hakengerät gekauft wurde. Die Frage nach dem Geld überrascht ihn aber. Das Gerät wird hoffentlich demnächst geliefert, aber was es genau gekostet hat, kann er nicht genau sagen, weil ja nun der Verband dafür zuständig ist. Aber er bestätigt, dass ein Gerät gekauft wurde. Und vielleicht wurde auch festgestellt, dass es eine neue Autodrehleiter gäbe, die in Stein am Rhein an der schwierigsten Stelle ausprobiert wurde. Mit einer riesigen Geschwindigkeit konnte gelöscht und gerettet werden. Diese Autodrehleitern haben also nochmals einen riesigen Schub gemacht. Die Steiner Feuerwehr hat nun einen Hubretter. Das ist nicht ganz das Gleiche. Dieser erschlägt eigentlich ein wenig mit den Unterhaltskosten, darum muss dann da vielleicht mal eine Lösung gesucht werden, aber wahrscheinlich nicht mehr zu seiner Zeit. Aber mit dem Hakengerät hat Herr Oster recht, das ist bestellt, analog wie in Schaffhausen.

Irene Gruhler Heinzer, SP hat drei Fragen und versucht, sich kurz zu halten:
Kann der Stadtrat zu dieser Geschichte mit dem Xundheitszentrum informieren? Da war irgendetwas mit einer Baubewilligung schief gelaufen, wie Frau Gruhler Heinzer informiert wurde.
Dann, kann der Stadtrat etwas machen zum grossen Bericht in den Schaffhauser Nachrichten über die WC's am Bahnhof, zu diesen WC Kästen, die sehr ekelhaft sind. Es wäre ein Anliegen von Stein am Rhein, dass das geregelt wird.
Zum Schluss wäre es Frau Gruhler Heinzer noch ein Anliegen, dass man den Leuten aus dem Degerfeld, die sie vorhin erwähnt hat, noch eine Antwort geben würde. Die haben offenbar noch nichts gehört.

Karin Sigrist, Finanzreferentin führt aus, dass es um eine Rampe geht. Diese Rampe muss behindertengerecht sein, das heisst, sie darf höchstens eine Neigung von 6% haben. das

Problem war nun das Gefälle zum Parkplatz. In der Baubewilligung hat man gesagt, das ginge dann schon, das hat nun zu Schwierigkeiten geführt. Nun hat man aber eine Lösung.

Irene Gruhler Heinzer, SP bemerkt, dass das Parkplatzproblem aber immer noch nicht gelöst ist. Da hat es einen Kiesplatz davor.

Karin Sigrist, Finanzreferentin ergänzt, dass das noch gemacht wird. Das ist einfach eine Bauetappe.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent gibt Auskunft zur Frage wegen den WC's am Bahnhof. Das Projekt wird ja von der SBB und den beteiligten Ingenieuren geführt und man ist in verschiedenen Sachen, unter anderem auch der Zugang zu den Perrons, mit dem Projektleiter der SBB in Kontakt. Das war auch Thema und das konnte man auch in der Presse lesen. Da hat man auch veranlasst, dass die Rampe gemacht ist und die Zugänglichkeit für Rollstuhlgänger gewährleistet ist und auch das Thema WC, wie es der Presse mitgeteilt wurde, wird sicher angegangen.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bemerkt, dass die dritte Frage keine Frage war, sondern eher eine Bitte.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent will Herr Oster noch schnell eine Antwort auf seine Frage geben. Im Budget 2016 vom Feuerwehrverband sind Fr. 265'000.- für dieses Hakengerät vorgesehen gewesen.

Christian Flück, Pro Stein fragt nach, was denn genau ein Hakengerät ist und wozu das gebraucht wird?

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent erklärt, was ein Hakengerät ist. Man konnte ja mal kurzfristig ein Feuerleitauto als Occasion kaufen. Eine Art grosser Wohnwagen. Dies ist aber langsam auch überaltet weil das halt auch schon wieder ein paar Jahre her ist.
Mit dem Hakengerät kann man mit verschiedenen anderen Feuerwehren zusammen arbeiten und zum Beispiel verschiedene Container aufladen. Die ganze Ölsperre zum Beispiel ist eine Mulde, die man mit dem Haken holen kann. Wenn jetzt also zum Beispiel ein Brand ist, und wir haben dieses Gerät, kann man die Feuerleitstelle in eine Container tun und hinstellen. Bis jetzt war es eben so, dass dafür Imhof angestellt wurde. Man hat dann aber in einer Hauptübung in Ramsen festgestellt, dass, als dieser Alarm losging, der Chauffeur des Fahrzeuges schon zu Hause war und das ging dann schlussendlich alles zu lange. Es ist schon ein paar Mal aufgefallen, dass man dieses Gerät selber brauchen könnte.

Peter Spescha, Einwohnerratspräsident bedankt sich für die Ausführungen und will die Sitzung beenden.

Cornelia Dean, SP hat noch eine kurze Frage zum Hexenturm, der schon lange eingerüstet ist. Wie sieht da der momentane Stand der Dinge aus? Das Efeu war ja schnell weg. Wie ist denn der Stand der Mauer?

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent gibt dazu gerne Auskunft. Das ist ein Projekt, dass Sorgen macht. Man hat den Efeu aus Sicherheitsgründen zurückgeschnitten, dabei kam heraus, dass der Zustand des Mauerwerks sehr schlecht ist, und was noch schlimmer ist, sind die Dachziegel, die speziell ein gemörtelt sind, die ebenfalls in desolatem Zustand sind. Und wer den Hexenturm kennt, weiss, dass man da sehr schlecht dazu kommt und schon gar nicht rein kommt. Es wird demnächst eine Vorlage geben, in der um einen Nachtragskredit ersucht wird zuhanden des Einwohnerrates in einem beträchtlichen Rahmen, um diese Sanierung abschliessen zu können.

Schluss der Sitzung um 21.45 Uhr. Die nächste Sitzung findet am 11. November um 20.00 Uhr im Jakob und Emma Windler-Saal statt.

Stein am Rhein, 14. Oktober 2016

Die Protokollführerin

Beatrice Strasser